

EDITORIAL

Über Kompromisse und die Kompromissunfähigkeit unserer Zeit

Die Mehrheit entscheidet. Das sagt sich leicht und ist doch ein sehr voraussetzungsvoller Satz. Man mag zuerst fragen, wie Mehrheiten zustande kommen. Der Populismus hat darauf eine einfache Antwort: Der Wille des Volkes ersetzt die Mehrheit, denn er ist ja die Mehrheit. Entsprechend darf weder der Begriff des Volkes noch die Annahme seines Willens hinterfragt werden. Täte man es, stünde man wieder vor dem Problem der Mehrheit: Wie kommt sie zustanden? Bei Mehrheiten kommt es nicht auf das Alter, die Herkunft, das Einkommen oder das Geschlecht an. Mehrheit ist eine politische und eine rechtliche Kategorie (vgl. Art. 42 Abs. 2 GG), weder eine statistische noch eine existentialistische. Je pluralistischer eine Gesellschaft desto vielfältiger sind die Interessen und Werte, desto unwahrscheinlicher ist es folglich, dass eine Mehrheit schlicht vorgefunden werden kann. Mehrheiten können daher nicht abgebildet, sie müssen erzeugt werden. Sie sind keine Naturgrößen sondern das Ergebnis des politischen Prozesses. Niemand kann behaupten, dass seine Interessen die tragenden seien oder der eigene Wille zum allgemeinen Gesetz werden soll. Ohne Kompromisse also keine Gesetzesbeschlüsse, zumal die Mitwirkung des Bundesrates zusätzliche Kompromisszwänge errichtet und Minderheiten über Grundrechte Beteiligungsansprüche erheben können, die zu weiteren Kompromissen führen. Unter den Gesetzgebungsbedingungen des Grundgesetzes jedenfalls setzt Gesetzgebung den Kompromiss voraus und an den Anfang. An diese einfachen Zusammenhänge zu erinnern, besteht Anlass, weil es unter den Bedingungen der Gegenwart immer schwerer wird, Mehrheiten zu erzeugen. Die Tugend des Kompromisses als Voraussetzung der Herrschaftsausübung gerät dabei in Vergessenheit.

Mehrheiten setzen nämlich die Kompromissbereitschaft von Minderheiten voraus. Wenn sich die Interessen nicht leicht auf einen Nenner bringen lassen, entstehen Gruppen, die je spezifische Interessen teilen und verfolgen. Diese Gruppen können aus sich heraus keine Mehrheit werden. Wenn sie sich nicht mit anderen Gruppen zusammenschließen, blieben sie Minderheiten. Warum aber schließen sich Gruppen zusammen, obwohl sie unterschiedliche Interessen verfolgen? Weil man gemeinsam mehr bewirken kann als alleine. Die Zusammenarbeit freilich hat einen Preis, den Preis des gegenseitigen Nachgebens bei der Interessenverfolgung, den Preis des Kompromisses. Gemeinsam können Gruppen zwar mehr bewirken, aber jeweils weniger als sie eigentlich wollen. Dem Mehr an Umsetzungschance entspricht ein Minus an Inhalts-

treue. Daher empfinden viele Kompromisse negativ, als „faul“, als charakterlos, als Einknicken – und man übersieht dabei, dass man am Ende mehr hat als zuvor: die Handlungsfähigkeit durch eine Mehrheit statt der Handlungsunfähigkeit von Minderheiten.

Diesen Grundkonflikt verdeutlicht die langwierige Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017: „Lieber nicht regieren als schlecht regieren“ lautete am Ende das Motto der FDP – eine Option mit zu geringer Kompromissbereitschaft. „Hauptsache regieren“ hieß die Strategie der CDU – eine Option mit hoher Kompromissbereitschaft (gegenüber der SPD und der CSU). Offenbar schätzte die FDP die Chancen, die eigenen Punkte durchzusetzen, als zu gering ein. Wobei man sich fragen muss, unter welcher politischen Konstellation die Chancen denn größer gewesen wären? Die Kompromissunwilligkeit der FDP wird daher Gründe haben, die nicht im Unvermögen gegenseitigen Nachgebens liegen, sondern in fehlendem Vertrauen, vielleicht auch in mangelnder Erfahrung des jungen Personals der FDP und der Angst im operativen Geschäft von einer versierten Kanzlerin über den Tisch gezogen zu werden. Das Verhalten der FDP eignet sich jedenfalls als Fallstudie für die Grenzen der Kompromissbereitschaft und die sozialen Voraussetzungen der Kompromissfähigkeit. Auch beim Mitgliederentscheid der SPD wollten viele dem Kompromiss des Koalitionsvertrags nicht zustimmen (und das bei einem, gemessen an den Ausgangsbedingungen des Wahlergebnisses, nahezu sensationellen Ergebnis). Nimmt man die schwierige Regierungsbildung ernst – sie hat das politische System der Bundesrepublik ja nun eine Weile beschäftigt –, kann man fragen: Wann und warum ist es offenbar attraktiver, destruktiv als konstruktiv zu handeln? In der Minderheit zu verharren, ohne die Chance zu haben, eigene Vorstellungen zu verwirklichen, kann eine rationale Strategie nur sein, wenn der Wähler dieses Verhalten honoriert und Mahner und Besserwisser schätzt oder, anders gewendet, wenn eine solche Position als glaubwürdiger oder charakterfest empfunden wird, während diejenigen, die Kompromisse eingehen und schon deswegen Wahlversprechen nur zu einem Bruchteil umsetzen können, als machthungrig, klientelorientiert oder rückgratlos gelten. Man muss aufpassen, dass die gesellschaftliche und publizistische Rhetorik nicht Verhaltensformen prämiert, die die Handlungsunfähigkeit des politischen Systems zur Folge haben.

Zu solcher Sorge besteht auch deswegen Anlass, weil andere Entwicklungen diesen Trend unterstützen. Der Kompromiss als das Ziel des politischen Prozesses gerät zunehmend in ein lebensweltliches Abseits: Wenn der Wähler in seinem eigenen Leben mit anderen Meinungen nicht mehr konfrontiert wird, sich mit ihnen nicht auseinandersetzen muss, weil er anderen durch sein Verhalten aus dem Weg gehen kann, wenn also Kompromisse in der eigenen Lebensführung abnehmen, dann schwindet naturgemäß auch das Verständnis für die spezifische Kompromisshaftigkeit politischen Handelns. Wenn der Kompromiss nicht als soziale Tugend, sondern als Eigenheit der Politik verstanden wird, droht Politik zum unverständliches Geschäft zu werden, mit unklaren Präferenzstrukturen, letztlich charakterlos und unzuverlässig erscheinenden Akteuren. Funktionsbedingungen der modernen Demo-

kratie stoßen dann zunehmend auf Unverständnis. Ein paar Indizien, wie solches Unverständnis wachsen kann: Wo treffen wir heutzutage noch Menschen aus anderen Milieus? Wo müssen wir uns mit anderen Lebenserfahrungen noch auseinandersetzen? Wo treffen Abiturienten Hauptschüler? Wo treffen Zwanzigjährige Fünfzigjährige, die nicht ihre Eltern oder Lehrer sind? Wo treffen Rentner Jugendliche, die nicht ihre Enkel sind? Es schwinden die sozialen Räume, in denen sich die Gesellschaft begegnet. Man bleibt lieber unter seinesgleichen, geht anderen Milieus aus dem Weg und lernt diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr kennen. Das war schon einmal anders, obwohl die Klassenschranken tendenziell höher waren: Traditionell wurden die sozialen Milieus durchkreuzt in Parteien, in Kirchen (als Gläubige sind Arm und Reich gleich), in Industriegewerkschaften (alle Berufe der Branche zählen und nicht nur der eigene), auch im Militär mit seiner Wehrpflicht. Doch diese intermediären Institutionen werden gemieden. Als milieübergreifender Begegnungsraum bleibt heute eigentlich nur noch der Sport, das Stadion – und insofern ist es konsequent, wenn das BVerfG jüngst Stadionverbote als erheblichen Eingriff in das gesellschaftliche Leben bewertet hat. Aber im Stadion geht es gerade nicht um Kompromisse, sondern um Sieg oder Niederlage. Wer kann den Verlust an institutionalisierter Pluralismuserfahrung heute noch auffangen? Die Familie? Die Schule?

Vielleicht das Internet? Das Netz hat viele soziale Räume ersetzt und gilt vielen als Inbegriff der Vielfalt. Die Zeit am Rechner wächst, die Zeit für Begegnungen schwindet. Im Netz aber kann man Konfrontationen erst recht ausweichen. Man braucht für seine Präferenzen kein Gegenüber. Das Netz wird zum Vollzugsorgan des eigenen Willens bis hin zum Shopping. Handlungserfolge stellen sich für den User schneller ein, als es der mühsame zwischenmenschliche Umgang in der sozialen Welt je erlaubte. Dem eigenen Willen begegnet das Netz nämlich nicht mit Widerstand. Daraus kann leicht der Eindruck entstehen, wahre Autonomie heiße Durchsetzung des eigenen Willens, und dafür seien weder Institutionen noch der Diskurs mit anderen erforderlich. Die virtuelle Parallelwelt lässt die entpersönlichte und folglich irrealen Nutzenmaximierung immer normaler erscheinen. Komplizierte Prozesse der Kompromissbildung erscheinen dann latent als verzichtbar, verdächtig, zumindest ineffizient. Überdies geht die Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen verloren, wenn der Einzelne in seiner eigenen Lebensführung immer seltener Kompromisse eingehen muss. Wenn jeder seine eigenen Präferenzen zu verfolgen scheint, dann stellt sich auch kollektives institutionelles Handeln als verkappte Interessenverfolgung dar. Der Glaube an eine Gemeinwohlorientierung politischer Entscheidungen schwindet mit der eigenen Erfahrung nackter Präferenzverwirklichung. Nur wenn jeder an sich denkt, scheint an alle gedacht. Die Parallelwelt des Netzes hat auch deswegen einen fatalen Einfluss, weil dem User ihr Funktionieren verborgen bleibt: Suchmaschinen und soziale Netze arbeiten mit Algorithmen, die Präferenzen verstärken, nicht aber sie hinterfragen, mit Alternativen oder gar Widerspruch versehen. Das Netz ist daher weder neutral noch ein Raum der Freiheit. Was den Kompromiss im politischen Leben ausmacht, die Konfrontation

mit anderen Ansichten, der Zwang zur Auseinandersetzung, die Anregungen neuer Sachverhalte und die Notwendigkeit, diese Informationen nicht nur zu bündeln, sondern sie auch selbständig zu durchdenken um dann eine Meinung zu bilden, blendet die Netzkommunikation aus. Zwar ist die Informationsvielfalt ungeheuer, doch sie zu nutzen setzt eine Information voraus, die sich nicht aus dem Netzverhalten selbst ergibt – anders als im sozialen Leben, wo man unweigerlich mit Alternativen und anderen Ansichten konfrontiert wird, ohne diese gezielt nachzufragen. Das Netz aber stellt, anders als das soziale Leben, keine Fragen. Es passt sich dem Userverhalten an und manipuliert es durch seine Algorithmen zugleich. Bezahlt wird nicht mit Geld, sondern mit Daten – die wiederum die kommerzielle Basis des Infrastrukturangebots sind. Kurzgefasst: Je mehr das Netz an die Stelle der sozialen Welt tritt, desto schneller muss der Mensch verdummen. Dann aber gilt: Eine politische Willensbildung, die sich der Netzlogik unterwirft, beschädigt die Demokratie, weil sie keine Kompromisse kennt. Die Meinungs- und Willensbildung leidet zunehmend unterm Twittern, unter Fake News, die gegen Gegenrede schon aufgrund ihrer Massierung immun werden, unter Social Bots und Trollfabriken, dem Einebnen von Stimme und Roboterhaftem. Echokammern entstehen. Zum Normalfall wird eine Äußerungsform ohne die Gegenrede eines Gegenüber und ohne den Zwang zur Verständigung, wie es in der sozialen Kommunikation typischerweise das Ziel ist. Netzkommunikation ist zunehmend eine Kommunikation mit Maschinen, dem Internet der Dinge.

Doch das Netz ist nicht der einzige Raum, in dem eine Kompromisskultur weder erfahren noch erlernt werden kann. Sieht es in den Massenmedien besser aus, können sie eine Kompromisskultur stellvertretend vorexerzieren? Den Bundestagswahlkampf 2017 habe ich als den reduziertesten empfunden seit ich mich erinnere. Spitzenkandidaten wurde die Aufmerksamkeit zugeschrieben; Themen hatten es schwer. Das Fernsehen präsentierte Wahlkampf wie eine Sportveranstaltung, wie ein Duell. Niemand stellte die alte Frage nach dem Kompetenzteam. Die Talkshows tragen heute die Namen ihrer Moderatoren, die offenbar im Mittelpunkt stehen sollen und meist auch den größten Gesprächsanteil beanspruchen. Den Gästen werden 90 Sekunden-Statements zugeteilt, gerne durch zuspitzende Fragen eingeleitet, die so tun, als ob das Aufdecken und nicht die Willensbildung der Sinn des Ganzen sei. Fernsehen präsentiert sich als investigativer Journalismus, verwechselt das Interview mit einem Verhör. Was im sozialen Leben wie im Netz heute fehlt, das Für und Wider, der Zwang zum Nachdenken, wird durch Fernsehdiskussionen jedenfalls auch nicht ersetzt. In zwei Jahren Flüchtlingsdebatte ist es etwa nicht gelungen, die höchst unterschiedlichen Personengruppen und Sachverhalte (Kriegsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, Asylbewerber, Familiennachzug, Einwanderer, EU-Freizügigkeit) und die ihnen entsprechenden Rechtsvorschriften auch nur ansatzweise zu differenzieren. Offenbar ist die Mediendemokratie nicht mehr in der Lage, einen komplexen Sachverhalt so aufzubereiten, dass er diskussions- und kompromissfähig wird. Man mag auch beklagen, dass in der Welt von Twitter und Youtube alles in Echtzeit berichtet wird. Verschwiegenheit hat keinen

Respekt, obwohl sie eine Kernvoraussetzung für das Ausloten von Handlungsspielräumen und das Aushandeln von Kompromissen ist. Medial ist Berlin leider nicht mehr Bonn.

Auch die Wissenschaft darf sich in Selbstkritik üben. Seit rund 50 Jahren hat sich das Bild verfestigt, es sei rational, wenn Akteure ihre eigenen Präferenzen verwirklichen. In der ökonomischen Theorie ist eine einseitige Nutzenmaximierung so sehr zum Gemeingut geworden, dass die Einsicht in die Irrationalität und Vielfalt menschlichen Verhaltens nobelpreiswürdig wurde und ein Max-Planck-Institut vom Forschungserfolg berichtet, genuin altruistisches Verhalten nachgewiesen zu haben. Diese Verarmung der sozialen Verhaltensforschung, verursacht durch den Imperialismus der ökonomischen Theorie, prägte unser Vorverständnis von Institutionen und Organen. Über viele Jahre entsprach es den gängigen Theorieprämissen, dass Institutionen zu Gemeinwohltentscheidungen nur unzureichend in der Lage seien, und diese Einschätzung deckte sich mit überkommenen Ressentiments gegenüber dem Parteienstaat oder der rousseauistischen Überzeugung eines präexistenten Volkswillens, der nur abgebildet, nicht aber durch Repräsentation erzeugt werden müsse.

Wenn wir in einer Zeit leben, die Debatten zu scheuen beginnt und Kompromissen ausweichen kann, weil immer mehr die Bedürfnisse und Möglichkeiten des Einzelnen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und ihre Befriedigung zum allgemein anerkannten Ziel sozialen Handelns wird, dann schwindet das Grundverständnis für die Notwendigkeit einer kompromissorientierten Auseinandersetzung. Das wiederum schwächt institutionalisiertes politisches Handeln. Erstrebenswert kann das nicht sein. Wie aber können die Funktionsbedingungen der Demokratie verstanden werden, wenn grundlegende Verhaltensregeln in einer sozialen, virtuellen und medialen Welt der Nutzeroptimierung nicht mehr erfahren werden? Gäbe es dafür eine bessere Strategie als die klassischen intermediären Gewalten systematisch zu stärken, Qualitätsjournalismus zu fördern (und womöglich auch zu subventionieren, um seine Abhängigkeit von ökonomischen Parametern zu reduzieren), das Netz zu regulieren und auch mit den Mitteln der Wissenschaft die Tugenden des Kompromisses und die Bedingungen für Kompromisse zu erhellen? Liegt hier nicht eine Bringschuld auch derjenigen Disziplinen, denen sich der STAAT verpflichtet fühlt?

Oliver Lepsius